

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (022 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Friedhelm Farthmann, NRW-Gesundheitsminister, beschreibt, wie sich die Heilbäder des Landes von der Krise erholt haben: Kuren machen sich bezahlt. Seite 1/2

Beate Weber MdEP kritisiert die Mehrheit des Europaparlaments: Als Atomlobby entpuppt. Seite 3

Joachim Schmolcke MdL schildert, wie Bayern das dreigliedrige Schulwesen retten will: Druck nach unten. Seite 4/5

Fritz Säger drückt in einem Brief seinen Empfindungen nach Albrechts jungstem NDR-Interview aus: Arroganz ist unzerstörbar wie der Stumpfsinn. Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (022 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 36 / 19. Februar 1980

Kuren machen sich bezahlt

Nordrhein-Westfalens Heilbäder haben sich von der Krise erholt

Von Professor Dr. Friedhelm Farthmann
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes
Nordrhein-Westfalen

In der Diskussion über die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen hat in den letzten Jahren die Gesundheitsvorsorge einen immer höheren Rang bekommen. Dies völlig zu Recht. Denn es ist unbestritten, daß eine vernünftige Vorsorge die Krankheitshäufigkeit verringert und damit auch die Kosten begrenzt, die unserer Volkswirtschaft durch Krankheit entstehen. Ein wesentlicher Bestandteil solcher vorbeugenden Maßnahmen sind Kuren.

Natürlich müssen Auswüchse bei der Inanspruchnahme von Kuren unterbunden werden. Die Bemühungen um mehr Kostenbewußtsein im Gesundheitswesen dürfen allerdings nicht in das Gegenteil dessen umschlagen, was mit ihnen bezweckt ist. Das Gegenteil von Kostenersparnis wäre nämlich, wenn auf medizinisch notwendige, gesundheitserhaltende Kurmaßnahmen verzichtet würde. Berechnungen des Deutschen Bäderverbandes haben ergeben, daß jede Mark, die die Versicherungsträger für Heilverfahren investieren, zugleich drei Mark beim Krankengeld und Lohnausgleich einspart.

Das Gebiet der Rehabilitation ist ebenfalls sehr wichtig für die Verringerung volkswirtschaftlicher Schäden durch Krankheiten. Wie notwendig verstärkte Anstrengungen gerade auch auf diesem Sektor sind, zeigt sich beispielsweise daran, daß nur knapp 50 Prozent der berufstätigen Patienten, die einen Herzinfarkt überstanden haben, ihre Tätigkeit in einem beschränkten Zeitraum wieder voll aufnehmen können. Die zentrale Stellung der Kur auch und insbesondere auf dem Gebiet der Rehabilitation und Nachsorge ist unbestritten.

Gerade wegen dieses hohen gesundheitlichen Stellenwerts der Kur haben aber die Entwicklung der Kurzahlen während der ver-



gangenen Jahre Anlaß zur Besorgnis gegeben. Diese Entwicklung hat die Heilbäder und Kurorte vor schwierige Probleme gestellt. Bis 1974 sind bei den Rentenversicherungsträgern in der Bundesrepublik die Kuranträge stetig gestiegen. Noch 1972 lag die Zuwachsrate bei sieben, 1973 sogar bei acht Prozent.

Als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung nach der Ölpreiskrise ging dann 1974 diese Zuwachsrate auf 3,3 Prozent zurück. 1975 war sogar ein Minus von 4,5 Prozent zu verzeichnen, das sich 1976 noch auf 6,7 Prozent steigerte. Die Kurorte in der Bundesrepublik mußten in dieser Zeit empfindliche Einbußen hinnehmen.

Dies gilt vor allem für die Heilbäder in Nordrhein-Westfalen. Während etwa die Gesamtzahl der Kurgäste 1976 gegenüber dem Vorjahr im Bundesdurchschnitt um 3,4 Prozent sank, lag der Rückgang bei den Mitgliedsorten des Heilbäderverbandes unseres Bundeslandes mehr als dreimal so hoch, nämlich bei 11,4 Prozent. Es gibt mehrere Gründe dafür, daß die Bäder Nordrhein-Westfalens vom Rückgang der Kuranträge besonders hart betroffen worden sind.

Zunächst sind die Kurorte in Nordrhein-Westfalen schon rein von ihrer landschaftlichen Attraktivität her gegenüber Bädern benachteiligt, die etwa im Alpen- und Vor-alpengebiet oder an der See liegen. Außerdem ist es sicherlich nicht von Vorteil, daß Nordrhein-Westfalen aufgrund seiner Bevölkerungszahl und industriellen Struktur den größten Teil der Bäderbenutzer der Bundesrepublik stellt. Viele unserer Bürger möchten ihre Kur eben nicht im eigenen Land verbringen, sondern andere Regionen kennenlernen. Sie gehen den nordrhein-westfälischen Kurorten deshalb als Gäste verloren.

Ein weiterer Grund für die Krisenanfälligkeit der Kurorte Nordrhein-Westfalens ist auch der hohe Anteil an Sozialkurgästen; er ist bei uns im Land rund dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Dieser hohe Anteil an Sozialkurgästen brachte einerseits in den Zeiten der Hochkonjunktur eine hervorragende Auslastung der Kureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen mit sich. Andererseits reagiert die Nachfrage bei den Sozialkurgästen - im Gegensatz zu den Privatkurgästen - außerordentlich rasch auf konjunkturelle Einflüsse. In der Belegungskrise der Jahre 1975 - 1977 hat deshalb der hohe Anteil an Sozialkurgästen für die nordrhein-westfälischen Bäder zusätzliche Nachteile mit sich gebracht.

Seit 1979 ist erfreulicherweise wieder ein deutlicher Anstieg der Kuranträge sichtbar. Im ersten Quartal 1979 etwa lag der Zuwachs in der Rentenversicherung der Angestellten bei 14,4 Prozent, in der Arbeiterrentenversicherung sogar bei 17,7 Prozent. Künftige Krisen werden aber nur dann zu vermeiden sein, wenn es gelingt, die derzeitige Zahl der Sozialkurgäste zu halten, die Infrastruktur der Bäder auch für die private Nachfrage zu verbessern und die Kurmitteleinrichtungen verstärkt ambulant zu nutzen. Mit einem Kurorteförderungsprogramm, das bis 1985 läuft, wird die Landesregierung die Bemühungen der Kurorte großzügig unterstützen,

- die Kurortinfrastruktur weiter zu verbessern, zum Beispiel durch Kurparks und Kurwegenetze,
- störende Gewerbebetriebe aus Kurgebieten zu verlagern und
- den Durchgangs- und Lkw-Verkehr aus dem Kurgebiet herauszuhalten.

Vor allem aber muß es gelingen, für die Kur im Kurheim organisatorische und therapeutische Bedingungen zu schaffen, die denen der Kur in der Kurklinik gleichwertig sind. Seit Sommer vorigen Jahres wird in Bad Waldliesborn ein Organisationsmodell für die Kur im Kurheim erprobt. Wenn dieses Modell den erwarteten Erfolg bringt, könnten auch die Bedenken der Sozialleistungsträger gegenüber der Kurheinkur ausgeräumt werden.

(-/19.2.1980/bgy/oa)

+ + +



Bestätigung der Behauptung vom Atomstaat ?

Mehrheit des Europaparlaments entpuppt sich als Atomlobby

Von Beate Weber MdEP

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für
Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz des EP

Die Mehrheit des Europäischen Parlaments hat jüngst in der Endabstimmung über die Stellungnahme des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament (EP) zum Kommissionsvorschlag des Zweiten Fünfjahres-Programms zur Lagerung und Wiederaufbereitung von atomaren Müll die Empfehlungen dieses Ausschusses in ihr Gegenteil verkehrt. Die Sozialistische Fraktion stimmte daraufhin am Donnerstag gegen die vorliegende Stellungnahme, weil diese sich in allen wesentlichen Punkten unkritisch den Vorschlägen der Kommission anschließt und in dieser Form weder der einhelligen Meinung des Ausschusses für Umweltfragen noch der Position ihrer Berichterstatterin entspricht. Eine Große Koalition von Christdemokraten, Konservativen, Liberalen und Kommunisten hatte die Stellungnahme des Umweltausschusses in ihren entscheidenden Punkten verändert und schließlich dieses Papier gebilligt. Die Ablehnung der Vorlage durch die Sozialistische Fraktion verdient deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil es bei diesem Bericht nicht um die Entscheidung für oder gegen Kernenergie ging, sondern darum, die Bevölkerung vor der Beeinträchtigung ihrer Gesundheit und ihrer bürgerlichen Freiheiten zu bewahren.

Im Einzelnen ist festzuhalten:

Erstens: Wer keine Alternativszenarien über den künftigen Ausbau der Kernenergie entwickeln will, negiert die Möglichkeiten von Sparmaßnahmen und Alternativenergie-Quellen.

Zweitens: Wer die Auffassung der betroffenen Bevölkerung zu dieser Technologie (Akzeptanzbedingungen) nicht mituntersuchen will, legt wenig Wert darauf, ob die Bevölkerung die Entscheidung der Politiker in diesem hochsensiblen Bereich billigt oder nicht. Niemand sollte sich dann jedoch über wachsende Widerstände gegen Kernenergie wundern. "Bürgernähe" sollte nicht nur ein Wahlkampfslogan sein, sondern sich auch in verbesserter Information der Öffentlichkeit über die Auswirkung von Technologien niederschlagen.

Drittens: Wer die möglichen Gefahren der Proliferation von radioaktivem Material, insbesondere in Entwicklungsländern, ignoriert, verkennt die schwerwiegenden politischen Konsequenzen, die aus einer solchen Gedankenlosigkeit entstehen können. Dies kann die EG nicht verantworten.

Viertens: Die Bevölkerung muß wissen, welche Auswirkungen die Schutz- und Kontrollmaßnahmen bei der Anwendung dieser Technologien auf die Ausgestaltung unserer liberalen Freiheitsrechte und unserer demokratischen Grundsätze in der EG haben.

Bezeichnenderweise hat die gleiche Mehrheit dieses Parlaments einen Beschluß gefaßt, nach dem die Grundrechte von Arbeitnehmern in den betroffenen Bereichen eingeschränkt werden können. Bedeutet dies nicht eine Bestätigung der Behauptung vom Atomstaat? Hier hätte es dem Parlament gut angestanden, diese Problematik ernster zu nehmen, als es in der nun verabschiedeten Stellungnahme der Fall ist. Die Mehrheit in diesem Parlament hat wieder einmal gezeigt, daß sie der Schutz der Bevölkerung und die Substanz unserer Gesellschaft für sie nur leere Formeln sind, die sie dann vergessen werden, wenn es um die Interessen der Atomlobby geht.



Druck nach unten

Wie Bayern das dreigliedrige Schulwesen retten will

Von Joachim Schmolcke MdL

Mitglied des Kulturpolitischen Ausschusses des bayerischen Landtages

Äußerungen des Ministerialdirektors und anderer führender Vertreter der bayerischen Kultusbehörde in der Ständigen Kommission für Bildungsplanung in Bayern über die Höhe der Übertrittsquoten von Volksschulen an Gymnasien und deren Senkung haben Empörung ausgelöst. Aus einem uns bekannt gewordenen Protokoll der 99. Sitzung der Kommission geht hervor, daß das bayerische Kultusministerium durch eine schärfere Zensur der Volksschüler die Übertrittsquoten an die Gymnasien und Realschulen senken und durch "Druck nach unten" das dreigliedrige Schulwesen retten will.

Scharfe Angriffe richtete dem Protokoll zufolge der Leiter der Kultusbehörde und "graue Eminenz" im Haus am Salvatorplatz in München, Dr. Hans Böck gegen die Volksschullehrer, die unter einem Legitimationszwang gegenüber den Eltern stünden und deren Erwartungshaltung nachgäben. Unter Volksschullehrern sei die Meinung weit verbreitet, die Zahl der Schüler, die an das Gymnasium übertreten, würden als Beurteilungskriterium für den Grundschullehrer herangezogen nach der Devise "Je mehr Schüler an das Gymnasium, desto besser der Lehrer".

Die Entwicklung der Übertrittsquoten zeigte teilweise beängstigende Perspektiven. Bei 28 bis 40 Prozent Gymnasiasten pro Schülerlehrgang könne das Übertrittsverfahren nicht funktionieren. Der Schlüssel zur Vergabe des Übertrittsprädikats liege bei der Grundschule. Aber auch die Praxis der aufnehmenden Schule habe sich offenkundig wesentlich geändert.

In der Diskussion hieß es der Ergebnisniederschrift zufolge, die häufige Vergabe des Prädikats "geeignet" durch die Grundschule sei einmal mit dem neuen Selbstverständnis und dem Selbstbewußtsein der Volksschullehrer, hervorgerufen durch die neue Lehrerbildung, zu erklären. Dieses neue Bewußtsein habe sich in spürbarem Maß in einem Rückgang der Loyalität gegenüber dem Ministerium geäußert. Während die Lehrer früher aus Angst vor der Rückweisung der Schüler mit der Vergabe des Prädikats "geeignet" sehr zurückhaltend gewesen seien, hätten die Lehrer heute - wegen des Drucks der Eltern - Schwierigkeiten, das Prädikat "geeignet" nicht zu vergeben.



Kaum verstehbar erschien Böck das Verhalten der Volksschullehrer, die ihre Schüler aus der eigenen Schulart wegschickten und dabei die Existenz der Hauptschule aufs Spiel setzten. Jede Schulart, die auf die ihr gemäßen Leistungsanforderungen verzichtete, gebe sich selbst auf und gefährde das dreigliedrige Schulwesen. Angesichts der geschilderten Entwicklung stelle sich die Frage, ob das Übertrittsverfahren, dessen zentrale Aufgabe die "begabungsgerechte Zuleitung" sei, noch in der Lage sei, das "politisch gewünschte" dreigliedrige Schulwesen zu erhalten. Notfalls müsse eine Änderung des Verfahrens in Erwägung gezogen werden. Die Diskussion habe eine Vielzahl möglicher Ursachen für das Ansteigen der Übertritte gebracht, die der eingehenden Analyse bedürften.

Böck rief alle Schulleitungen auf, sich "ernsthafte Gedanken über Gegenmaßnahmen" zu machen, um das dreigliedrige Schulwesen und damit die einzelnen Schularten lebens- und funktionsfähig zu halten. Dem Protokoll zufolge wurde auf der Sitzung die Meinung vertreten, eine Senkung der Übertrittsquoten sei am ehesten durch eine "Änderung der verursachenden Faktoren" zu erreichen.

Da als Ursache die allzugroße Bereitschaft der Grundschullehrer, das Prädikat "geeignet" zu vergeben, genannt worden ist, ist klar, wie die "Änderung der verursachenden Faktoren" aussehen soll: Durch "Druck nach unten" will man offenbar die Volksschullehrer nun zwingen, schärfere Maßstäbe anzulegen und durch ein rigideres Auswahlverfahren den Zulauf zu den höheren Schulen zu bremsen. Daß damit gleichzeitig von den Schulen her die politische Absicht verfolgt werden soll, das dreigliedrige Schulwesen am Leben zu erhalten, ist ein starkes Stück.

Kultusminister Maier (CSU) ist zu fragen, ob er es etwa für befriedigend hält, wenn trotz eines beachtlichen Anstieges der Übertrittsquoten an Realschulen und Gymnasien die Zahl der Übergetretenen Schüler aus unteren sozialen Schichten zwischen 1970 und 1980 nur um 3,3 Prozent zugenommen hat. Zweifel ist an der Einschätzung angebracht, daß eine wesentliche Funktion des Übertrittsverfahrens eine Senkung der Übertrittsquote ist. Tatsächlich ist die wachsende Übertrittsquote das positive Zeichen eines gestärkten Bildungswillens.

Professor Hans Maier wird in der Kommission für Bildungsplanung Gelegenheit haben, sich zu den reaktionären und rückschrittlichen Thesen seiner Beamten Böck zu äußern. An den Aussagen führender Ministerialer aus dem bayerischen Kultusministerium zeigt sich, daß in Maiers Behörde nach wie vor der Geist der elitären Auslese als politisches Steuerungselement konservativer Ideologie herrscht. Anstatt sich Gedanken über die Erweiterung der Bildungskapazitäten auf dem höheren Schulsektor zu machen, versucht die Ministerialbürokratie den Leistungsdruck noch weiter zu verstärken. SPD und CDU trennen in dieser Frage Welten. (-/14.2.1980/vo-he/ca)



Arroganz ist unzerstörbar wie der Stumpsinn

Brief an einen sozialdemokratischen Journalisten nach
Ernst Albrechts jüngstem NDR-Interview

Lieber Carl,

das muß nun doch ein froher Sonntag für Dich werden. Ich gratuliere Dir! Vorhin hörte ich im Rundfunk, daß der Ministerpräsident von Niedersachsen, Ernst Albrecht, öffentlich zugesagt hat und dies auch drucken ließ, daß in dem neuen Rundfunk, den er schaffen will und der ganz anders als der bisherige sein soll, daß dort auch den Sozialdemokraten nahestehende Journalisten arbeiten können. Du und ich und manche andere gehören also zu denen, die hoffen dürfen. Ich weniger, ich bin dazu zu alt geworden. Aber in den vielen Jahren meiner Berufstätigkeit - in fast sechs Jahrzehnten, habe ich niemals zuvor eine solche eindeutige, öffentlich bekundete und gedruckte Zusicherung erhalten.

Da mußte erst ein christlich-liberaler Mann Ministerpräsident werden. Natürlich will er auch Ausgewogenheit, wie er sie versteht, damit erreichen: Immer einmal einer von der CDU, dann einer von der SPD und vielleicht auch einmal einer von der FDP. Fragt sich dann nur, wer für welche Sendung tätig werden darf. Aber auch das wird der Ministerpräsident noch selber regeln. Er will ja keinen Staatsfunk, es wird nur ein Funk des Ministerpräsidenten von Niedersachsen, der, wie er sagte, seine Freude daran hat.

Was immer Grundgesetz, Bundesverfassungsgericht, Landesgesetz und Satzung des Rundfunks bestimmen - Ernst Albrecht wird den anderen Rundfunk schaffen.

Auch die andere Republik? Nein, das geht zu weit! Systemveränderer sind nur die Sozialdemokraten, nicht etwa die christlich-demokratisch oder christlich-sozial orientierten Unions-Demokraten!

Ob wir nicht doch wieder "herrlichen Zeiten" entgegengehen? Du kennst dieses Wunschbild noch, es war zu Kaisers Zeiten in aller Munde. Wilhelm II. hatte seinem Volke diese Zeiten versprochen. So kam der erste Weltkrieg, und der Kaiser ging in ein fremdes Land. Aber denen, die nie alle werden, gelang es, daß doch noch einmal "horrible Zeiten" folgten. Sie führten zur Zerstörung des Deutschen Reiches, und weit über fünfzig Millionen Tote kennzeichneten in aller Welt den Weg. Auch das war manchem im Lande noch keine ausreichende Lehre. Noch in den Trümmern der Städte und Dörfer bildeten sich Partisanengruppen. Wehrsportvereinigungen spielten mit Panzern und Schnellfeuerwaffen. Sie wollten alles wieder anders haben.

Die Arroganz ist unzerstörbar wie der Stumpsinn allzu vieler Bürger, die weder den Beginn noch die Zwangsläufigkeit der Entwicklung erkennen, die zu gleichen Konsequenzen führen kann.

Jenseits von Vernunft und Erfahrung, von Grundrecht und wohl auch vom Gesetz - das wird noch abzuwarten sein - gingen jetzt Ministerpräsidenten, nicht arbeitslose einstige Funktionäre des radikalen Nationalismus, an ihr Werk. Sie wollen nicht alles, nur den Rundfunk und das Fernsehen, wieder anders haben, ganz anders als bisher.

Wenn Dich, lieber Freund, jetzt die Erinnerung plagt, wenn Dich gerade jetzt Überlegungen bedrängen, obwohl Du nun weißt, daß Du auch bei Herrn Albrecht mitarbeiten darfst, überwinde die Schatten der Vergangenheit mit Humor! Vielleicht geht es nicht mehr anders.

Ich grüße Dich aus der Freiheit dessen, der es hinter sich hat und doch nicht müde geworden ist, um die Entwicklung zu bangen, die längst allzu deutlich wurde.

Fritz Säger
(-/19.2.1986/hj/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

